

Warum stehe ich auf der LoC-Liste?

Nur die Guten dürfen ins Ausland

Gladson Dungdung

Kann eine Demokratie ohne Meinungsfreiheit bestehen? Kann Indien für sich in Anspruch nehmen, die größte Demokratie der Welt zu sein? Indien wird daran zugrundegehen, seine natürlichen Ressourcen gegen Wirtschaftswachstum einzutauschen. Die regierende Elite muss das begreifen. Aber wer soll sie davon überzeugen? Gladson Dungdung versucht es und wird dafür auf die LoC-Liste¹ (*Look out Circular*) gesetzt.

Seit 2013 spreche ich auf verschiedenen Foren über die Situation der Adivasi in Indien und reise dafür viel ins Ausland. Ich mache auf unsere Rechte und die Notwendigkeit aufmerksam, natürliche Ressourcen und die Umwelt zu schützen. Aufgrund der unbequemen Fragen, die ich dabei stelle, stehe ich unter Beobachtung des Staates. Im Oktober 2013 wurde mein Pass beschlagnahmt. Grund dafür war ein negativer Polizeibericht über mein Engagement in der Menschenrechtsbewegung gegen gewaltsamen Landraub und die Offenlegung grober Menschenrechtsverletzungen gegenüber Adivasi bei der Aufstandsbekämpfung im sogenannten „Roten Korridor“ von Indien. Nachdem ich jedoch die Dienstoberen der Polizei in Jharkhand aufgefordert hatte, die Beschlagnahmung meines Passes zu überprüfen, wurde er mir im Juli 2014 wieder ausgehändigt. Danach nahm ich an einigen Konferenzen in Dänemark und Großbritannien teil. Im November 2015 buchte ich zur Veröffentlichung meines Buches *Mission Saranda: A War for Natural Resources in India* eine Reise nach London.

Eine Reise mit unerwartetem Ausgang

Diesen Mai sollte ich an der Universität von Sussex einen Workshop zur Umweltpolitik in Südasien betreuen.

Leider wurde diese Einladung zum Albtraum. Am 9. Mai holte ich nach dem Check-in im Flughafen meine Bordkarte, ging zum Ausreiseschalter und legte dem Beamten das Immigrationsformular mit meinem Pass und der Bordkarte vor. Anfangs sprach der Beamte noch freundlich mit mir, später änderte sich das. Nachdem er mir einige allgemeine Fragen gestellt hatte, wollte er wissen, ob ich Student sei. Ich antwortete, dass ich Forscher sei. Also fragte er, zu welchem Thema ich forsche. Ich sagte: „Zum Thema Menschenrechte.“ Als er das Wort „Menschenrechte“ hörte, stand er direkt auf, um seinen Vorgesetzten zu suchen. Nach 15 Minuten kam er zurück und rief das Personal von *Air India* an, sie sollten mein Gepäck wieder abladen.

Ich war fassungslos, als ich „Gepäck abladen“ hörte. Ich fragte nach dem Grund. Er erklärte, mein Pass sei beschlagnahmt, ich könne nicht nach London fliegen. Dann schrieb er „abgewiesen“ auf meine Bordkarte und reichte mir einen Beschlagnahmebescheid zum Unterschreiben, auf dem *Pax was LoC subject*² stand. Das hieß, dass ich auf der Observationsliste stand, was mir jedoch niemand gesagt hatte. Als ich den Bescheid vor dem Unterschreiben durchlesen wollte, sagte der Beamte: „Sie haben später genug Zeit, das zu lesen. Unterschreiben Sie einfach und geben mir

den Bescheid zurück.“ Als der Vorgang nach zwei Stunden abgeschlossen war, sollte ich mein Gepäck abholen, musste jedoch erneut mehrere Stunden warten, bis es mir ausgehändigt wurde. Diese Art der Behandlung war schockierend. Ich fragte mich, ob ich auch so behandelt worden wäre, wäre ich Mitglied der Malaya-, Ambani- oder Adani-Familie. Eigentlich ging es nicht um eine Frage der Nation, aber ich hätte die Nation gleichwohl gerne gefragt, warum ich auf der Observationsliste stehe! Bin ich eine Bedrohung für den Staat? Bin ich staatsfeindlich? Bin ich gegen Wirtschaftswachstum und die Entwicklung meines Landes?

Interessant ist, dass die Beschlagnahme meines Passes als Grund dafür genannt wurde, dass *Air India* mich vom Flug 115 suspendierte. Der Zuständige für Passangelegenheiten in Ranchi, Sanatan Shrivastava, berichtete jedoch den Medien, dass mein Pass zwar 2013 beschlagnahmt, aber nach vorschriftsgemäßer polizeilicher Prüfung wieder freigegeben worden war. Gleichzeitig stritt das Außenministerium ab, beteiligt gewesen zu sein. Der Pass sei gültig und mir es folglich nicht verboten, außer Landes zu fliegen. Eigentlich darf ein Immigrationsbeamter ohne die Ermächtigung von Vorgesetzten oder des Innenministeriums die Ausreise nicht verweigern. Also frage ich mich, bei wem

liegt denn nun die Verantwortung?
Wieso durfte ich nicht fliegen?

Wahrnehmung von Menschenrechten in Indien

Zunächst muss man verstehen, dass die meisten Inder denken, Menschenrechte seien ein westliches Konzept, ähnlich wie westliche Kleidung, Essen oder Kultur. Sie bedrohen die brahmanische soziale Ordnung. Folglich werden Menschenrechte diffamiert: Sie würden dem Schutz von Kriminellen, Naxaliten und Terroristen dienen. Menschenrechtsaktivisten werden als Leute angesehen, die gegen die Interessen unseres Landes agieren. Ironischerweise basiert die indische Verfassung auf den Prinzipien der Menschenrechte. Genau deshalb wird sie nicht angemessen durchgesetzt. Die bittere Wahrheit ist, dass zur heutigen Zeit Weisheit und Autorität nicht zusammengehen. Autoritäre Regierungen lassen sich auf andere Meinungen nicht ein; eine Gefahr für die Demokratie.

Menschenrechtsaktivisten werden als Staatsfeinde gesehen. Uns wird unterstellt, im Ausland das eigene Land zu verleumden und dafür viel Geld von den Staaten zu bekommen, die gegen Indiens Fortschritt seien. Natürlich stimmt das nicht. Dass das Land in schlechtem Licht steht, liegt an der schlechten Politik. Früher kam den oppositionellen Parteien die Rolle der negativen Politik zu. Heute machen das die regierenden Parteien selber. Wer unbequeme Fragen stellt, wird als Staatsfeind eingestuft. Andere Meinungen werden vom Staat einfach nicht berücksichtigt. Die Frage ist: Kann Demokratie ohne Meinungsverschiedenheit existieren? Kann Indien behaupten, die größte Demokratie der Welt zu sein? Ich frage das, weil grundlegende Rechte, wie das Recht auf Meinungsfreiheit, zwar in der indischen Verfassung stehen, der Staat aber immer wieder Mittel und Wege findet, diese einzuschränken. Eigentlich müsste der Staat verstehen, dass

verschiedene Meinungen den Staat nicht schwächen, sondern stärken.

Einsatz für Adivasi gefährdet den Staat

Anfangs wurde mir unterstellt, mit den Maoisten zu sympathisieren. Aber stimmt das? Tatsächlich habe ich die maoistische Bewegung in Jharkhand wegen ihrer Unterstützung von Unternehmen kritisiert. Daher kann mich der Staat eigentlich nicht als Sympathisant der Naxaliten abstempeln. Für mich sind die Maoisten nichts anderes als private Sicherheitsdienste, die jedem, der zahlt, ihren Schutz anbieten. Die Maoisten der Linie der *Communist Party of India* (CPI) gehen im Waldgebiet von Saranda in Jharkhand genauso vor. Über ein Jahrzehnt befand sich dort das östliche Hauptquartier der CPI-Maoisten. Der Staat konnte nicht einmal eine Schule eröffnen, aber mehr als zwölf Bergbauunternehmen war es problemlos möglich, in diesem Waldgebiet Bergbau zu betreiben. Wie war das möglich?

Meine größte Sorge ist die allgemeine Haltung gegenüber den Adivasi. Sie werden vom Staat und Teilen nichtstaatlicher Akteure als Gegner von Entwicklung, als Naxaliten und vor-moderne Unterschicht wahrgenommen. Sind wir das? 1000 ungeschulte Adivasi wurden bei fingierten Zusammenstößen brutal ermordet, über 500 Frauen vergewaltigt oder belästigt. 25.000 siechen in verschiedenen Gefängnissen dahin, unter dem Verdacht, sie seien Naxaliten aus dem Roten Korridor. 300.000 Adivasi wurden aus 644 Dörfern in Chhatisgarh vertrieben. Was sollen sie tun?

Landraub

Landraub ist heutzutage ein großes Problem. Den Adivasi werden wichtige Ressourcen verwehrt. Während der *Nagri Mass*-Bewegung nahe Ranchi haben wir gegen die unrechte Aneignung von fruchtbarem Land de-

monstriert und nicht, wie unterstellt, gegen ein Ausbildungszentrum. Wir hatten vorgeschlagen, die Bildungsinstitution auf unfruchtbarem Land zu errichten. Statt auf unsere Argumente zu hören, wurden wir als Mob abgestempelt, der gegen Bildung durch Institutionen wie dem IIM (*Indian Institute of Management*), IIT (*Indian Institute of Information Technology*) und der Rechtswissenschaftlichen Universität ist. Hat die Nation schon vergessen, dass das unternehmerische Modell für Entwicklung – *Tata Steel Ltd.* – oder andere Traumprojekte von Nehru, wie das HEC (*Heavy Engineering Corporation Limited*), das *BSL Ltd.*, *Hirakud Dam*, *Mayurakshi* und *Tenughat*, auf dem Land der Adivasi errichtet wurden? 80 bis 90 Prozent der Menschen, die durch ihre Projekte vertrieben wurden, waren Adivasi, denen keinerlei Aufschub gewährt wurde. Wie können uns diejenigen mit Theorien zur Entwicklung belehren, die selbst keinen Zentimeter Land dem nationalen Interesse zur Verfügung gestellt haben?

Früher war die Landwirtschaft Indiens wichtigster Wirtschaftszweig, heute liegt der Fokus vor allem auf dem Bergbau-, Industrie- und Dienstleistungssektor. 1950 trug die Landwirtschaft zu 51 Prozent des Bruttoinlandsprodukt (BIP) bei, heute sind es nur noch 18 Prozent. Während das Wachstum des Dienstleistungssektors positiv zu bewerten ist, lassen sich die negativen Aspekte von Bergbau und Industrie, die vermehrt zu Klimawandel und Entwaldung beitragen, nicht leugnen. Für Geld sollen wir unsere Wälder verkaufen und Bäume abschlagen? Wir müssen andere Wege finden. Der Industriesektor wird die Arbeitslosigkeit nicht bekämpfen. Das zeigt das Beispiel von *Tata Steel*. Für die Produktion von einer Millionen Tonnen Stahl pro Jahr wurden zunächst 70.000 Angestellte benötigt. Später produzierten nur noch 20.000 Arbeiter acht Millionen Tonnen Stahl. Wo sind die Jobs geblieben? Wir müssen verstehen, dass die Nahrung für

die Mehrheit der Landbevölkerung heute nur deshalb gesichert ist, weil sie ein bisschen Land haben.

Entwicklung, Ausbeutung von Ressourcen, Umweltkrise

Im Namen der Entwicklung beutet der indische Staat natürliche Ressourcen aus. Er nimmt sie den Armen und gibt sie den Reichen. Jharkhand ist ein gutes Beispiel dafür. Das jährliche Einkommen allein durch Bergbau beträgt 150 Milliarden Rupien. Das entspricht beinahe dem gesamten Haushalt von Jharkhand. Trotzdem leben 36 Prozent der Menschen noch immer unterhalb der Armutsgrenze. Warum? Wenn so viel Geld durch den Bergbau erzielt wird, warum leben die Menschen dort in Armut? Warum fließen die Einnahmen nicht zu den Menschen zurück? Ist es nicht so, dass die Unternehmenshaie in Gestalt von Wirtschaftswachstum und Entwicklung des Landes profitieren?

Nach einigem Gezeter hat der indische Staat die historische Diskriminierung von Adivasi offiziell anerkannt und versprochen, dieses Unrecht wiedergutzumachen; etwa durch den *Forest Rights Act* 2006 (FRA). Die Umsetzung ist jedoch armselig und eher von der Absicht geleitet, die natürlichen Ressourcen privaten Unternehmen zuzuleiten. Der Bundesstaat Chhattisgarh hat eine halbe Million Klagen bezüglich solcher Konflikte abgewiesen. Über 345 Wirtschaftsabkommen (*Memorandums of Understanding; MoU*) wurden unterzeichnet. Den Adivasi zugesprochene Rechte am Wald im Rahmen des FRA wurden im Sarguja Distrikt wieder zurückgezogen, um Kohle abbauen zu können. Das widerspricht FRA Bestimmungen. Auch im Saranda Forest wurden 22 neue Verträge für Eisenerzabbau mit privaten Unternehmen geschlossen. Hingegen erhielten 3000 Adivasi aus 30 Dörfern absichtlich keine Identitätspapiere, so dass sie während der Lizenzierungsverfah-

ren als widerrechtlich im Wald lebend eingestuft wurden und keine Ansprüche geltend machen konnten.

Ich mache mir große Sorgen um die Umweltkrise, auf die Indien zusteuert. Die indische Regierung plant, das BIP um neun Prozent zu steigern und legt den Fokus auf wirtschaftliches Wachstum. Dies bedroht nicht nur die Existenz der Adivasi, sondern auch die Umwelt. Indien verfügt gerade einmal über 21 Prozent Waldfläche, während eine verträgliche Umwelt mindestens 33 Prozent Waldfläche erfordert. Ich war sehr überrascht, als ich erfuhr, dass der für Umwelt, Wald und Klima zuständige Bundesminister damit beschäftigt ist, Wald an private Unternehmen zu verkaufen. Er verkürzte die Lizenzierungsverfahren – und entsprechend die Einspruchsfristen – bei Entwicklungsprojekten von 560 Tagen auf 190 Tage. Ist es also eher ein Ministerium zur Lizenzerteilung? Von April 2014 bis März 2016 hat das Ministerium 34.620 Hektar Wald zur wirtschaftlichen Nutzung freigegeben. Weitere 40.476 Hektar sollen vergeben werden, sobald der letzte Bescheid des Ministeriums vorliegt. Indien wird keine Zukunft haben, wenn es seine natürlichen Ressourcen für ökonomisches Wachstum verkauft. Die herrschenden Eliten müssen verstehen lernen, dass Wirtschaft nicht auf Kosten der Umwelt expandieren kann. Aber wer kann sie davon überzeugen? Wenn ich vor existenziellen, ökologischen und humanitären Krisen warne, werde ich auf die Beobachtungsliste (LoC) gesetzt.

Am 20. Mai 2016 traf ich den zuständigen Beamten für Passangelegenheiten in Ranchi, um nach dem Status meines Passes zu fragen. Ich war überrascht zu erfahren, dass er gültig war. Mir wurde also die Ausreise von der Immigrationsbehörde ohne jegliche Berechtigung verwehrt. Was bedeutet das? Ohne Zweifel wurde ich wegen meines Buches *Mission Saranda* am Flughafen aufgehalten. In

dem Buch lege ich offen, wie der indische Staat unter dem Vorwand, die von den Naxaliten ausgehende Bedrohung zu bekämpfen, einen Krieg führt, um in Wahrheit natürliche Ressourcen ausbeuten zu können. Mein Pass wurde mit einem Schreiben versehen, das die Gültigkeit des Passes bestätigt. Theoretisch kann ich also in andere Länder fliegen. Aber mein Name wurde nicht von der LoC-Liste gestrichen. Warum? Bin ich eine Sicherheitsbedrohung für den Staat? Was ist mit meinem Recht auf Freiheit?

*Aus dem Englischen übersetzt
von Malin Fichter*

Zum Autor



Gladson Dungdung ist Menschenrechtsaktivist, Angehöriger der indigenen Gemeinschaft der *Kharia*, wissenschaftlicher Forscher und Autor einiger Bücher,

unter anderem von *Mission Saranda: A war for Natural Resources in India; Whose Country is it Anyway?* und *Crossfire*.

Endnoten

¹ *Look out Circular* ist eine (Observations-) Liste, die in Indien vor allem an internationalen Grenzen oder Flughäfen von Immigrationsbehörden verwendet wird um zu überprüfen, ob Reisende von der Polizei gesucht werden. Die Liste soll helfen, Kriminelle daran zu hindern, außer Landes zu fliehen. (Anmerkung Redaktion)

² Im Sinne von Subjekt der Observationsliste. (Anmerkung der Redaktion).